

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 34. 32. Jahrg.

22. August 1919

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 1.50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßerstr. 86-88^{1/2}. Redaktionsschlag: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schöneberg, Auguststr. 6-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. 8 Tagen nach Übernahme. — Zerschiffen an die Expedition erstbet.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die drohende Erhöhung des Postkartenportos. Rundschau. Die Denkschrift des Verbandsvorstandes. — **Allgemeines:** Ein linksrheinischer Schutzverband. Um die Seele der Jugend. Der Verbandstag der Buchbinder. — **Die photomechanischen Fächer:** Ortsbericht: Münchener Chemigraphen. — **Die Tapetenbranche:** Betrachtungen. Ortsbericht: Kref.-Ld., Formstecher. — **Feuilleton:** Die Geißel der Menschheit. Anzeigen — **Adressenverzeichnis der Auskunftsteiler.**

Bekanntmachungen.

An alle Orts- und Gauvorstände

sandten wir unser Rundschreiben Nr. 68 vom 9 August d. Js., welches sehr wichtige Mitteilungen enthält.

Ferner sandten wir als besondere Drucksachen sendungen die Denkschrift zur Umwandlung der Invaliden- und Witwenunterstützung, sowie einige Tarifverträge für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Sollten irgendwo diese Drucksachen nicht angekommen sein, so bitten wir, uns sofort Mitteilung zu machen, damit wir sie noch einmal zusenden können. Der Verbandsvorstand.

Die drohende Erhöhung des Postkartenportos.

Kaum beginnt sich die Hoffnung zu regen, daß unser Gewerbe imstande sein wird, die verheerenden Kriegswirkungen allmählich zu überwinden, so sehen wir uns einer neuen Gefahr gegenüber. Die Leidenszeit des schwer geprüften graphischen Gewerbes scheint demnach noch nicht abgeschlossen zu sein. Diese Gefahr, die hauptsächlich den Reproduktionsberufen droht, besteht in der in Aussicht gestellten Erhöhung des Postkartenportos. Wie wir einer Zeitungsmeldung vom 12. d. M. entnehmen, sind der Nationalversammlung drei Gesetzentwürfe des Reichspostministeriums zugegangen, die noch in dieser Tagung erledigt werden sollen. Von diesen drei Entwürfen interessiert uns besonders das neue Postgebührengesetz, welches u. a. die Postgebühren für Ortspostkarten von $7\frac{1}{2}$ auf 10 Pfennig und für Fernpostkarten von 10 auf 15 Pf. erhöht.

Diese abermalige Erhöhung des Portos wird den Verbrauch von Postkarten ungemein nachteilig beeinflussen.

Die Verbreitung der illustrierten Postkarte im besonderen wird durch diese Finanzmaßnahme der Reichspost aufs stärkste gehemmt.

Welche Wirkungen diese Verteuerung des Portos letzten Endes auf unser Gewerbe, das zu einem wesentlichen Teile der Postkartenillustration dient, hervorrufen würde, bedarf unter Berufsangehörigen keiner näheren Erläuterung. Wohl aber mußte dem Reichspostministerium an der Hand von Material begreiflich gemacht werden, daß die graphischen Reproduktionsgewerbe zu den Industrien gehören, die einer Erholung dringend bedürfen, und daß die Arbeiterschaft dieser Gewerbe ein Recht darauf hat, nach fünf entbehrungsreichen Kriegsjahren ihre Existenzberechtigung auch durch Reichsbehörden respektiert zu wissen.

Um dieser selbstverständlichen Pflicht, die Interessen der Berufsangehörigen wirksam zu vertreten, Genüge zu leisten, richtete deshalb

der Verbandsvorstand vor Veröffentlichung der betr. Gesetzentwürfe eine Eingabe an das Reichspostministerium, deren Zweck war, die geplante Erhöhung des Postkartenportos zu verhindern.

Wie lassen hiermit den wesentlichsten Teil der Begründung im Wortlaut folgen:

Noch heute bildet die Herstellung ein- und mehrfarbiger Postkarten einen starken Rückhalt für die Existenzfähigkeit des Steindruck, Chemigraphie, Lichtdruck und Kupferdruckgewerbes. Alle diese Kunstgewerbe, deren Gehilfenvertretung der unterzeichnete Verband darstellt, hätten in den Kriegsjahren unter der Absperrung vom Weltmarkt unsagbar zu leiden, denn gerade die Postkarte bildete einen ihrer dankbarsten Ausführartikel. Die hauptsächlichsten Absatzgebiete waren für das Postkartengeschäft Frankreich, England und Amerika. Namentlich England erwies sich in den Jahren 1902—1907 als ein Absatzgebiet von unbegrenzter Aufnahmefähigkeit. Später lösten die Amerikaner mit Riesenaufträgen die Engländer ab. Die Ansichtspostkarte trat ihren Siegeszug über die ganze Welt an und Deutschlands graphische Industrie war das Hauptproduktionsland dieser Industrie. Noch im Jahre 1912 betrug die Ausfuhr allein an Ansichtspostkarten aus Deutschland, 34870 Doppelzentner im Werte von 13877000 Mk., während sie noch vor der Einführung des außerordentlich hohen Zolltarifes der Vereinigten Staaten im Jahre 1907 64587 Doppelzentner im Werte von 2535000 Mk. betragen hatte.

Aber auch im Inlande stand der Absatz dieser Industrie auf einer erfreulichen Höhe. Nach einer Statistik der Reichspostverwaltung wurden im Jahre 1897 69 Millionen Stück Postwertzeichen à 5 Pf. oder 19,2 Proz. mehr abgesetzt als 1896, während im gleichen Zeitraum bei allen übrigen Postwertzeichen nur eine Steigerung von um 5 Proz. zu verzeichnen war. Die Portoeinnahmen aus der Postkartenbeförderung hatten in einem Jahre um 2,4 Millionen Mk. zugenommen. Diese Steigerung ist zweifellos dem zunehmenden Verbrauch von Ansichtspostkarten zuzuschreiben. Tatsache ist, daß in den Sommer- und Reise-monaten die Versendung von Ansichtskarten von einzelnen deutschen beliebten Wander- und Reisezielen sich nach Hunderttausenden belief.

Noch heute ist die Postkarte das hauptsächlichste und maßgebendste Spezialfach des Steindruckgewerbes und des Lichtdruckes geblieben, aber auch in der Chemigraphie, (der Klischeefabrikation) und in dem Kupferdruck bildet sie einen erheblichen Teil der Gesamtproduktion, wenn nicht nur die Ansichtspostkarte hat zu diesem Erfolge beigetragen, auch die Reproduktion von Kunstwerken der Malerei und Plastik, figürliche Darstellungen aller Art, Blumenkarten, Glückwunschkarten nahmen einen bedeutenden Umfang an, der noch heute aus den Ausstellungen der Papiergeschäfte jeder Art klar ersichtlich ist.

Die Absperrung vom Ausland infolge des Krieges; unterband diese Industrie zum großen

Teil. Dazu kamen die materiellen Schwierigkeiten für den Druck, insbesondere aber für die Kartonbeschaffung, die nicht einmal die ordnungsmäßige Befriedigung des geringer gewordenen inländischen Bedarfes möglich machte, dazu kam die Steigerung der Produktionskosten und die damit verbundene Erhöhung des Verkaufspreises, die die einstige Beliebtheit der praktischen illustrierten Postkarte mehr und mehr verringerte. Die Erhöhung des Postkartenportos auf 10 Pfg. vollendete die allmähliche Abwürgung dieser Industrie.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages und die Aufhebung der Blockade im Verein mit der Milderung der Produktionsschwierigkeiten ließ uns auf eine bessere Konjunktur auch für die Postkartenindustrie hoffen. In der Tat hat sich in den besetzten Gebieten bald nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages eine starke Belebung der Postkartenproduktion eingestellt, ein Beweis, daß ein Bedürfnis bei den in der Kriegszeit total ausverkauften Lagern der Fabrikanten durchaus vorhanden ist. Aber der Absatz der illustrierten Postkarte findet seine natürliche Grenze in dem Preise der Postkarte. Nicht nur die Bequemlichkeit, auch die Billigkeit derselben hat ihren Siegeszug über die ganze Welt im Frieden ermöglicht. Aus dieser Kenntnis heraus haben sich die Unternehmer des graphischen Gewerbes wohlweislich geschaut, die unzweifelhaft enorme Steigerung aller Produktionskosten durch die Erhöhung der Verkaufspreise wett zu machen. Sie sind dieser Steigerung nur widerwillig und zögernd gefolgt. So betrug der Preis für Steindruckpostkarte pro Tausend im Frieden 8 bis 14 Mark, während der letzte Messepreis auf 30 bis 45 Mk. stand. Bei den Lichtdruckkarten betrug der Preis im Frieden ca. 5 bis 9 Mk., während er jetzt 27 bis 30 Mk. beträgt. Für den Einzelkäufer ergab sich im Frieden für die Versendung einer Postkarte von 5 bis 15 Pfg. für die Postkarte selbst und 5 Pfg., später $7\frac{1}{2}$ Pfg. für das Porto. Inzwischen ist das Porto auf $7\frac{1}{2}$ und 10 Pfg. pro Karte gestiegen, der Preis der einzelnen illustrierten Karte aber auf 25 und 30 Pfg. Somit kostet heute schon die Versendung einer einfachen Ansicht- oder Glückwunschkarte dem Absender bis 40 Pfg., bei der geplanten abermaligen Portonerhöhung sogar 45 Pfg. Damit fällt gerade das wichtigste Moment, das zur Verbreitung der Postkarte geführt hat, fort: die Billigkeit. Der eben begonnene, ein klein wenig Hoffnung versprechende Aufbau des in der Kriegszeit so schwer geprüften Gewerbes erhält durch die Maßnahmen der Reichspostverwaltung aufs neue einen gewaltigen Stoß, der geradezu zu seiner Vernichtung führen muß.

Nun sprechen aber für die Erhaltung der Postkartenindustrie keineswegs nur rein geschäftliche Sorgen der Angehörigen der graphischen Industrie. Es stehen unserer Auffassung nach auch große kulturelle Werte auf dem Spiel, die für das gesamte deutsche Volk von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Ohne die Postkarte gäbe es kein Mittel, die

reichen unergündlichen Schätze unserer Museen, Ausstellungen und aus privaten Besitzungen aus Malerei und Plastik der Gesamtheit des Volkes nahe zu bringen. Selbst der Ärmste sowie auch der geistig weniger Rege hat durch die künstlerische Postkarte die Möglichkeit, Einblick in den Reichtum der deutschen Kunstschätze zu gewinnen. Es gibt kein Gebiet unseres kulturellen Lebens, das nicht durch die Postkarte künstlerisch dargestellt und dem Verständnis der einfachen Menschen näher gebracht worden wäre. Neben der Reproduktion aller dazu freigegebenen Kunstwerke finden wir auf Postkarten die Wiedergabe der Werke unserer gesamten klassischen und modern schöngeligen Literatur in Wort und Bild. Aus der Technik, der Baukunst, der Raum- und Stoffkunst vermittelt die Postkarte wertvolle Kenntnisse. Sie stellt somit ein Lehr- und Erziehungsmittel der vollendetsten Art dar. Die Geistes schätze der ganzen Welt weiß sie dem Kinde wie dem Greise gleichmäßig zu vermitteln.

Aber diese wichtige kulturelle Aufgabe kann die Postkarte nur erfüllen, wenn die Kosten dem Absender einigermaßen erträglich gehalten werden. Bekanntlich wird aber mit steigender Unlust von der Bevölkerung der Preis getragen, der allgemein von Reichsbehörden erhoben, wie eine Steuer wirkt. Das wäre bei einer Portoerhöhung der Fall. Die abermalige gewaltige Verminderung des Umsatzes in Postkarten wäre der unausbleibliche Erfolg dieser vom Reichspostministerium geplanten Steuer, denn bei dem instinktiven Widerstand des Publikums, diese Portoerhöhungen zu tragen, bleibt dem einzelnen kein anderes Mittel der Abwehr, als daß er auf Postkarten verzichtet.

Im Interesse der von uns geschilderten hohen erzieherischen Bedeutung der Postkarte bitten wir dringend, diese Maßnahme fallen zu lassen.

Im Interesse der Gehilfenschaft des graphischen Reproduktionsgewerbes, die durch die maßlose Zollerhöhung des In- und Auslandes seit 1906 ununterbrochen unter schwerer Arbeitslosigkeit zu leiden hatte, die jetzt mit Sehnsucht auf eine Wiederbelebung ihres erlernten Berufes hofft, bitten wir gleichfalls von dieser vernichtenden Maßnahme Abstand zu nehmen.

Insbesondere das Steinrückgewerbe war mindestens zu $\frac{1}{8}$ im Frieden reines Exportgewerbe gewesen. Diese Exportfähigkeit für das Gewerbe wieder zu erringen, erscheint uns fast unmöglich, wenn im Inlande durch die Reichsbehörden der wichtigste Zweig dieses Gewerbes, die Postkartenindustrie, in seiner Lebensfähigkeit unterbunden wird. Was Zollerhöhungen des In- und Auslandes, was Krieg und Blockade nicht erreicht haben, das würden mit positiver Gewißheit die zum dritten Mal erhöhten Portosätze für Postkarten erreichen.

Aus alledem richten wir die dringende Bitte an das Reichspostministerium, der Erhöhung des Postkartenportos die Zustimmung versagen zu wollen.

Wie wir aus den veröffentlichten Gesetzentwürfen sehen, war der Eingabe des Verbandsvorstandes ein Erfolg nicht beschieden. Allgemeine finanzpolitische Gesichtspunkte waren anscheinend bei den in Betracht kommenden Stellen maßgebend. Die Hoffnung, daß die Nationalversammlung die Erhöhung des Postkartenportos ablehnt, ist äußerst gering. Wir müssen auch hier die Erfahrung machen, daß wir einem Gewerbe angehören, dessen Spezialinteresse von dem Allgemeininteresse erdrückt werden kann. Wir verkennen nicht, daß die gegenwärtige Finanzlage des Reiches keine nennenswerte Rücksichtnahme auf solche zahlenmäßig kaum bemerkbare Berufsgruppen zuläßt, geloben uns aber, unablässig daran zu arbeiten, daß innerhalb der deutschen Wirtschaftspolitik unser

graphisches Gewerbe die Wertung erhält, die es auf Grund seiner kulturellen Bedeutung beanspruchen kann.

Rundschau.

Eine Neuregelung der Akkordarbeit. Unter diesem Titel drückt die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung« in ihrer Nummer 32 vom 10. August einen Vorschlag des Diplom-Ingenieurs Albrecht Fritze-Wilhelmshaven nach, dem dieser kürzlich in der Zeitung »Der Tag« veröffentlicht hat. Die wichtigsten Abschnitte seien hier wiedergegeben: Es wird notwendig sein, Mittel und Wege zu finden, um die sozialen Härten, die in dem alten Akkordsystem vorhanden waren, zu beseitigen, damit der Widerstand der Arbeiterschaft überwunden werden kann. Es wäre falsch, zu behaupten, daß bei der Einführung der Zeitlohnbezahlung durch die Arbeiter in der Hauptsache der Gesichtspunkt maßgebend gewesen ist, die Arbeitsleistung ganz allgemein geringer zu gestalten. Weit wichtiger war es wohl, die Ungerechtigkeiten und Zufälligkeiten, die bei dem alten Akkordsystem, unvermeidlich sind, zu beseitigen, und dafür galt als einfacher Weg der reine Stundenlohn, der jedem Arbeiter einen gleichen Verdienst gewährt. Diese Gleichheit der Bezahlung muß daher auch die Grundlage für eine Entlohnung sein, bei der die Arbeiterschaft an der eigenen Arbeitsleistung interessiert ist. Die Möglichkeit für eine solche Lösung liegt vor, wenn die gesamte Arbeitsleistung einer größeren Gruppe von Arbeitern, z. B. einer Werkstatt oder einer Werkstatteinteilung, ermittelt, und der Wert der zusammengefaßten Arbeiten gleichmäßig an die beteiligten Arbeiter verteilt wird. Als Weg, der eine solche Bezahlung ermöglicht, kann das alte Akkordsystem der rechnerischen Ermittlung zugrunde gelegt werden. Die Akkorde werden wie früher für den einzelnen Arbeiter und die einzelne Arbeit festgesetzt. Der Akkordüberschuß wird aber nicht an die beteiligten Akkordnehmer ausbezahlt, sondern gemeinsam mit den anderen Akkordüberschüssen an sämtliche zusammenarbeitenden Arbeiter verteilt. Es kommt also für sämtliche beteiligten Arbeiter ein Durchschnittsakkord zustande, und das System selbst wird zweckmäßig als das System der Durchschnitts- oder genossenschaftlichen Akkorde bezeichnet. Durch dieses System würden grundsätzliche Änderungen gegenüber der alten Akkordbezahlung bewirkt werden. Der alte Vorwurf gegen das Akkordsystem, daß es die Arbeiter bis zur Erschöpfung anspanne, kann nicht mehr erhoben werden. Der Anreiz zur individuellen Höchstleistung des einzelnen fällt fort, da der Arbeiter den Akkordverdienst nicht für sich allein behält. Dagegen hat der einzelne Arbeiter das größte Interesse daran, daß jeder seiner Mitarbeiter seine Pflicht und Schuldigkeit tut. Es ist also ein Anreiz für die gesamte Arbeiterschaft zu ruhiger, fleißiger Arbeit gegeben; die Arbeiterschaft kontrolliert sich selbst und hat selbst den Nutzen davon, wenn die Arbeit flott und reibungslos vorwärtsschreitet.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Arbeiterschaft sich mit der Einführung der Durchschnittsakkorde widerspruchslos einverstanden erklären wird. Dazu ist die Abneigung gegen alles, was Akkord heißt, zu tief eingewurzelt, und auch in dem neuen System sind ja Akkorde vorhanden, wenn sie auch ihren individuellen Charakter verloren haben. Aber wenn überhaupt die Rückkehr zu einer Bezahlung der Leistung an Stelle der Zeit ermöglicht werden soll, so wird es vorläufig nur auf diesem Wege geschehen können. Der Arbeiter wird sich leichter mit einem System abfinden, in dem der hauptsächlichste Mangel des alten Systems beseitigt ist, als daß man von ihm verlangen könnte, das alte Akkordsystem ohne Abänderung wieder anzunehmen.

Die Denkschrift des Verbandsvorstandes.

Der Krieg war von jeher ein großer Revolutionär. Er hat viel Altes erschüttert und Neuem die Wege gebahnt. Die Folgen der Hungerblockade und des rückständigen Lebensmittelmangels haben mit den Kräften der Arbeiter Raubbau getrieben. Jahre und Jahrzehnte wird es dauern, bis diese Kriegswirkungen überwunden sind. Diesen Kriegswirkungen erliegen auch die Einrichtungen unserer Invaliden- und Witwenkasse.

Um diese bedeutsame Tatsache den Mitgliedern klar darzulegen, hat der Verbandsvorstand eine Broschüre herausgegeben, die die neuen Anträge zur Invaliden- und Witwenunterstützung begründet. Der erste Teil ist ein Rückblick in die Vergangenheit, der zweite zeigt die Kriegswirkungen und die notwendigen Änderungen mit der entsprechenden Begründung.

Die ersten Bestrebungen unserer Kollegen-schaft auf Gründung einer Invalidenunterstützung gehen bis in das Jahr 1839 zurück. Die erste zentrale Gründung erfolgte 1873 auf dem Kongreß des Senefelderbundes in Würzburg. Mit einem Beitrag von wöchentlich 10 Pfg. sollte schon nach 5jähriger Beitragsleistung 4.50 Mk., nach 10jähriger

6.75 Mk. und nach 15jähriger 9.— Mk. pro W. - Unterstüfung gewährt werden. Nach 25jähriger Beitragsleistung, nachdem also 130 Mk. eingezahlt waren, sollte die weitere Zahlung unter Erhaltung der alten Rechte fortfallen.

Trotz dieser großen Versprechungen wollte die Kasse in den ersten Jahren nicht recht vorwärts kommen. Als sich 1878 durch das Sozialistengesetz der Bund aus einer Gewerkschaft in eine reine Unterstüfungsorganisation umwandelte und den Mitgliedern ein klagbarer Anspruch auf die Leistungen gewährt wurde, entstand die Aufsicht durch das Ministerium des Innern. Bereits im Jahre 1879 verlangte die ausführende Behörde, das Berliner Polizeipräsidium, ein Gutachten eines Versicherungstechnikers, um die Leistungsfähigkeit der Invalidenkasse nachprüfen zu können. Bereits dieses erste Gutachten vom 17. Mai 1880 zeigte, auf wie schwachen Füßen die Kasse aufgebaut war. Die Denkschrift würdigte eingehend das Gutachten, nachdem für die damaligen Leistungen ein Beitrag von 30 Pfg. bis 91 Pfg. pro Woche je nach dem Beitragsalter entrichtet werden sollte. Für diesen durchschnittlichen Beitrag von 53 Pfg. wollte der technische Gutachter eine wöchentliche Invalidenrente von 97 Pfg. bis 1.94 Mk. pro Woche nach einer 5- bis 15jährigen Karenzzeit gewähren. Trotz guter sachlicher Begründung haben die damaligen Leiter des Bundes dem Gutachten nur in belangloser Weise Rechnung getragen.

Als die bedrückende Aufsicht in den weiteren Jahren nachließ, wurde sogar die Rente, die auf 4.50 Mk. herabgesetzt war, weiter erhöht und erreichte auf der Generalversammlung in Weimar 1892 die Höhe von 7 Mk. wöchentlich bei 10jähriger Karenzzeit. Damit nicht genug, wurde in Weimar mit Wirkung vom 1. Januar 1893 für denselben Beitrag von 10 Pfg. auch noch eine Witwenunterstützung eingeführt, die die Hälfte der Invalidenunterstützung betrug. Mit dieser Aktion 1892 in Weimar, die als »Reformationswerk« gepriesen wurde, begann die Unsicherheit der Existenz dieser Invalidenkasse.

Der Verbandsvorstand hat in der Denkschrift den ganzen Entwicklungsgang nach den jeweiligen Kassenabrechnungen tabellarisch dargestellt. Ein eingehendes Studium dieser Entwicklungsperiode an der Hand der vorgelegten Zahlen ist jedem, der ernstlich bei der Neugestaltung mitreden will, sehr zu empfehlen.

Nach 1893 ging die Entwicklung vorerst einen ruhigen Gang, da recht wenig Ansprüche an die Invaliden- und Witwenkasse gestellt wurden. Das Bild änderte sich aber schon nach wenigen Jahren durch eine erhebliche Steigerung der Zahl der Witwen. Man erkannte sehr bald in den Kreisen, die die Kassenverhältnisse wirklich verfolgen, daß in absehbaren Jahren der Kampf um die Existenz dieser Einrichtungen im Senefelderbund entstehen würde. Dadurch wurde der Gedanke der Verschmelzung der beiden Bruderorganisationen geboren, der in dieser Denkschrift in seinen wesentlichsten Grundzügen dargestellt ist. Die Verschmelzung kam vorerst nicht zustande, sondern die Einigung erfolgte durch eine »Gebietsabgrenzung«, die durch Urabstimmung beschlossen wurde. Sie nahm dem Senefelderbund die Arbeitslosenunterstützung und wies sie dem Verband zu. Der Verband versprach dafür, seine Agitation für die Verschmelzung aufzugeben. Diese Verstärkung erfolgte im Jahre 1901.

Aber schon auf der Generalversammlung des Bundes in Saalfeld 1901 erstand neue Unruhe durch ein technisches Gutachten Dr. Bleichers in Frankfurt a. M., das zwar erst in großen Umrissen vorlag. Es hatte eine starke Wirkung in Mitgliederkreisen. Dr. Bleicher prophezeite der Invalidenkasse eine schlechte Zukunft. Bei der Bedeutung wollen wir auch hier das Wesentlichste kurz wiedergeben. Er betonte, daß die Einführung der Witwenunterstützung nur unter Verkenning der Tatsache geschehen sei, daß bei der Invalidenkasse die Ansprüche der Mitglieder erst später sich häufen werden und infolge des verlockenden Scheins, daß die laufenden Ausgaben z. Zt. wesentlich hinter den Einnahmen zurückbleiben. Tatsächlich wird natürlich aber später, wenn die älteren Mitglieder zahlreich in den Genuß der Invalidenunterstützung zu treten beginnen, eine um so stärkere Erhöhung der Beiträge oder Kürzung der Invalidenrente eintreten müssen, in je größerem Mißverhältnis die Beiträge an die Invalidenkasse zu deren Leistungen stehen. Daß ein solches Mißverhältnis besteht, wird aber ohne weiteres klar, wenn man sich überlegt, wieviel ein einzelnes Mitglied in besonders günstigen Falle einerseits eingezahlt hat und andererseits an Rente erhält.

Um einen gerechten Ausgleich zu finden, verlangte er, um eine Invalidenrente von 7 Mk. pro Woche zahlen zu können, einen Beitrag zur Invalidenkasse von 20 bis 25 Mk. jährlich oder 40 bis 50 Pfg. wöchentlich, also eine Vervielfachung des bestehenden Beitrages. Wörtlich sagte er dann noch: »Dabei wäre aber für die Witwenunterstützung und das Sterbegeld noch keine Deckung vorhanden, wegen deren der vorgeschlagene Beitrag mindestens verdoppelt werden müßte. Für den Beitrag von 10 Pfg. pro Woche sollte laut mehr versprochen werden, als höchstens eine jährliche Invalidenrente von 100 Mark.«

Aber auch dieses Gutachten machte bei der Kollegenschaft noch nicht den Eindruck, es hätte hervorbringen müssen; denn es lagen an der Generalversammlung in Saalfeld Anträge zur Erhöhung der Invaliden- und Witwenunterstützung vor und selbst Berlin hatte solche gestellt. Die Generalversammlung lehnte mit erheblicher Majorität jede Beitragserhöhung und jede Erweiterung der Unterstützung ab. Nur durch Änderung des Verrechnungsmodus des Bundesbeitrages infolge der Beseitigung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung wurden der Invalidenkasse 5 Pfg. pro Woche mehr überwiesen.

Die Mehrheit begründete ihren Standpunkt mit den trüben wirtschaftlichen Verhältnissen der Kollegen. Sie wies nach, daß es noch Löhne von 12 Mk. pro Woche im Berufe gäbe und von diesem Einkommen ein höherer Beitrag für Bund und Verband nicht gezahlt werden könne. Sie stellte dem Verbands die Aufgabe, diese Verhältnisse erst zu beseitigen und dann wollte man die Beitragserhöhung bewilligen. Durch diese Stellungnahme der Generalversammlung mußte die Bestimmung in das Statut aufgenommen werden, daß die Unterstützung künftig nur gewährt werden kann. Es bestand keinerlei Aussicht, für die gefaßten Beschlüsse über Gestaltung von Beitrag und Unterstützung die gesetzliche Sanktion der Aufsichtsbehörde zu erhalten. Man konnte sich für die Zukunft der Aufsicht der Behörde nur entziehen durch diese Einfügung des Wörtchens »kann«, um jederzeit bei Nichterfüllung der versprochenen Leistungen diese zu kürzen.

Durch die Kurzsichtigkeit, die unsere damaligen Delegierten besaßen, erfüllte sich sehr schnell das Schicksal des alten Senefelder-Bundes. Die Verschmelzung wurde zur unbedingten Notwendigkeit und auf der Generalversammlung in Kassel 1904 legte der Bundesvorstand Berechnungen vor, die in ihrer Konsequenz die Liquidation des Bundes bedeuteten. Das Jahr 1904 erforderte bereits einen Zuschuß vom Vermögen und ohne grundlegende Änderungen wäre im Jahre 1910 das von vielen Mitgliedern für so unerschöpflich und hoch angesehene Vermögen gänzlich verschwunden und aufgebraucht. Der spätere Vergleich dieser Zahlen mit der Wirklichkeit ergab sogar, daß die Berechnung noch zu günstig war. Aus diesen Tatsachen vollzog sich letzter Endes 1905 die Verschmelzung mit dem Senefelder-Bund.

Die finanziellen Wirkungen zeigten sich vorerst außerordentlich günstig, obwohl diejenigen, die die Vergangenheit karron, nicht ganz sorglos in die Zukunft blickten. Nach 10 Jahren, mit Ablauf der ersten Karenzperiode konnte erst ein wirklicher Maßstab angelegt werden, ob die Verschmelzung alle Wünsche erfüllen sollte. Diese neue Entwicklungsperiode nach 1905, die durch die größere Mitgliederzahl hohe Einnahmen bringen sollte, kam nicht zur Auswirkung, denn im Jahre 1907 brach eine große Wirtschaftskrise aus, die sich zur Berufskrise auswuchs und wesentliche Voraussetzungen dieser Verschmelzung aufhob. Auch diese Dinge sind in der Denkschrift mit Zahlen eingehend belegt, brachten sie doch dem Verband einen ungefähren Verlust an Beiträgen von 225 000 Mk.

Die nachhaltige Wirkung der Berufskrise veranlaßte schon vor Ablauf der 10jährigen Karenzperiode eine weitere Änderung, die 1910 auf der Generalversammlung in Hamburg in grundlegender Weise beschlossen wurde. Auch hier weist die Denkschrift im einzelnen die verschiedenen Meinungen, die vorher bestanden, nach und kommt durch ihre Beweisführung zu der Anerkennung, daß ohne die Regelung in Hamburg 1910 die Aussperrung 1911/12 nicht zu Ende geführt werden konnte. Sie brachte eine Herabsetzung der Unterstützungen und eine nochmalige Erhöhung des Beitrages um 20 Pfg. auf 35 Pfg. pro Woche. Die Kasse wurde in die Lage versetzt, aus den Reduzierungen jährlich 60 Invaliden und 60 Witwen neu unterstützen zu können. Noch wesentlich aber war, daß durch diese Beschlüsse mit der Zuschußwirtschaft aus der Gewerkschaftskasse endgültig und für die Dauer aufgeräumt wurde.

Der große Lohnkampf 1911/12 brachte dann eine große rückläufige Bewegung in den Vermögensverhältnissen. Der Fonds der Invalidenkasse wurde mit zu den Mitteln des Streiks herangezogen. Er konnte bis heute nicht zurückerstattet werden und der dadurch entstandene Ausfall an Zinsen veränderte auch die Grundlagen für das Weiterbestehen dieser Unterstützungseinrichtung. Ohne Krieg wäre aber dieser Schaden zu reparieren gewesen und er wäre auch ausgebessert worden. Der furchtbare Krieg hat alle diese Bestrebungen zur Schaffung einer gesünderen Finanzlage jäh unterbunden. So schwer auch die Wiederbeschaffung eines Vermögens von 833 000 Mk. nach den Verhältnissen der Vorkriegszeit sein würde, so war die Arbeit doch nicht aussichtslos.

Die ständige Steigerung der Zahl der Invaliden und Witwen wurde beeinflusst durch die in Hamburg beschlossene Abfindung. 39 Invaliden und 64 Witwen schiedem dadurch von dem dauernden Unterstützungsbezug aus. Die Rückzahlung an diese betrug 51 758 Mk. Dann kam der Krieg.

Seine Wirkungen auf die Einrichtungen des Verbandes und die dadurch bedingte Neuordnung soll im nächsten Artikel behandelt werden.

Allgemeines.

Ein linksrheinischer Schutzverband.

Die Unternehmer im besetzten Gebiet haben sich veranlaßt gesehen, einen eigenen, linksrheinischen Schutzverband zu gründen. Der Sitz ist in M.-Gladbach und Rheyd. Die linksrheinischen Unternehmer sind mit dem deutschen Schutzverband und seiner Leitung unzufrieden. Diese Unzufriedenheit steigerte sich bis zur Trennung durch den Abschluß des Tarifes. Eine ganze Reihe Positionen des Tarifes gefallen ihnen nicht. Zunächst waren es die Mindestlöhne, Ferien und Arbeitszeit. Auch der Organisationszwang, den die deutschen Unternehmer beantragt haben, ist ihnen ein Greuel. In der Lohnfrage hat man den Gehilfen 22, 24, 27, 30 und 34 Mk. pro Woche und einen Teuerungszuschlag von 70 Proz. angeboten. Der Mindestlohn für einen 25-jährigen Gehilfen wäre somit auf 57,80 Mk. gekommen. Eine Diskussion darüber wurde von uns abgelehnt. Am 12. Juli beschloß der Vorstand des linksrheinischen Schutzverbandes den Mindestlohn des allgemeinen Tarifes in der Weise zugrunde zu legen, daß ein Abzug von 20 Proz. angedreht werden solle. Der Beschluß ist in den einzelnen Anstalten ausgehängt worden und auch in anderer Weise den Gehilfen mitgeteilt worden. Die Gauleitung wurde ebenfalls in Kenntnis gesetzt und hat auch sofort gegen diese willkürliche, einseitige Festsetzung der Löhne Protest erhoben. Daraufhin fand eine Verhandlung in Köln mit der Leitung des linksrheinischen Schutzverbandes statt, die dieser veranlaßt hatte. In dieser bewilligte man zunächst 10 Proz. geringere Mindestlöhne, um dann sich zur Anerkennung der Mindestlöhne des Tarifes zu bequemen. Auch die Ferienbestimmung wurde bewilligt. Dagegen wurde die 47-stündige Arbeitszeit abgelehnt. Eine Verhandlung am 2. August in Rheyd. ergab kein anderes Resultat.

Soweit ist die Situation durch Verhandlungen geklärt. Daß die rheinische Kollegenschaft sich nicht allein auf Verhandlungen stützt, beweist der Umstand, daß die Kollegen der Firma Schöft in Rheyd. schon in der vierten Woche im Streik stehen. Auch in Kempen stehen die Kollegen im Streik. In Köln läuft am 9. August die Kündigung ab. An anderen Orten schweben noch Verhandlungen. In Trier sind die Firmen durch Arbeitsniederlegung während der Verhandlung zur Anerkennung des Tarifes gekommen. Dieser Druck ist deshalb erfolgt, weil man mit der Orts- und Gauleitung nicht verhandeln wollte. In Düren haben ebenfalls schon einige Firmen den Tarif anerkannt. Der Ring ist gesprengt. In Köln will man außer der Arbeitszeit im Wesentlichen den Tarif anerkennen. In den meisten anderen Orten ruß aber neben dem Tarif auch eine allgemeine Lohnregelung erfolgen. Denn die Mindestlohnsätze sind für bessere Leistungen nicht angemessen, selbst im kleinsten Orte nicht.

Der linksrheinische Schutzverband beruft sich auf die »billigeren« Lebensmittel im besetzten Gebiet. Ferner sollen sich die Löhne der Kollegen nach derjenigen der allgemeinen Arbeiterschaft an den einzelnen Orten richten. Obwohl wir auch bei dieser Art Regelung noch manches zu bekommen hätten, so stellen wir uns grundsätzlich auf den Standpunkt der Existenzfähigkeit und der Anerkennung unseres deutschen Reichstaries. Außerdem sollen die Lohnverhältnisse mehr denjenigen des übrigen Deutschlands in unserem Gewerbe und vor allen Dingen denjenigen des übrigen Rheinlandes entsprechen. Das gleiche gilt von der Arbeitszeit.

Nun sind aber die Lohnverhältnisse im besetzten Gebiet keineswegs gleichartig. Während in Köln schon vor dem Tarifschluß ein Mindestlohn für Ausgelernte von 77 Mk. bestanden hat, ist in Münden-Gladbach und Rheyd. zu dieser Zeit noch 38-52 Mk., und in neuerer Zeit im Höchstfalle 65-68 Mk. gezahlt worden. Aus diesen Verhältnissen heraus kann man die nunmehrige Anerkennung der Mindestlöhne begreiflich finden. Denn im eigenen Lager hat der linksrheinische Schutzverband sicherlich Befürworter gefunden. Aber auch in einer weiteren Steigerung der Löhne haben eine Anzahl Orte und Firmen ein weitgehendes Interesse, ganz abgesehen vom übrigen Deutschland. Während man sich in den großen Verbänden in Deutschland auf beiden Seiten auf den Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft stellt, treibt man im besetzten Gebiet Sonderbündelerei. Soweit sich diese auf Kosten der Gehilfenschaft breit macht, werden wir sie unter allen Umständen bekämpfen.

Um die Seele der Jugend.

Viele Behinderungsgründe für die Arbeit in unseren Lehrlingsabteilungen hat der Kriegsschluß hinweggerafft. Neue Lehrlinge sind hinzugekommen, Gehilfen, die Herz und Verständnis für ihre

heranwachsenden jungen Kollegen haben, sind in größerer Zahl jetzt vorhanden als in der Kriegszeit. Weniger Kriegsarbeit und Fortfall der zahlreichen Überstunden, Verkürzung der Arbeitszeit, Wiederinkrafttreten der Jugendschutzbestimmungen, das alles bringt den Lehrlingen mehr Schonung und damit mehr Lust und Kraft zu neuer Betätigung.

Da wird es Pflicht unserer Kollegen, sich auch hier wieder helfend zu betätigen. Freilich ist es nicht jedermanns Geschmack, nicht jeder ältere Kollege hat die Fähigkeit, sich in die Eigenheiten der Jugend zu finden. So glaubt der Jugendliche, wenn er scharf vorgeht, am besten einer großen Sache zu dienen und fühlt sich besonders von seiner rücksichtslosen Kritik befriedigt, weil er sich dabei gleichzeitig gegen all den Zwang auflehnt, den er bisher stets unangenehm empfand. Gegen den Zwang, der von seiner ersten Kindheit an auf ihm lastete und in der verschiedensten Form ihm gegenüber trat, sei es in der Strenge der Eltern, des Schullehrers, des Meisters oder all der anderen, die herrschend ihm gegenübertraten. Nichts kann daher sicherer auf den Beifall der Jugend rechnen, als das Wort von der Selbstständigkeit der Jugend; nichts erscheint ihnen unentraglicher, als die sogenannte Bevormundung durch Erwachsene. Es ist der verständliche Drang des werdenden Menschen nach Selbstbestimmung.

Durch sogenanntes Draufgängertum ist oftmals die Jugend des werdenden Spießbürgers ausgezeichnet. Leider wird ihnen von manchen, es ehrlich gutmeinenden älteren Kollegen unnötiges Material zur Kritik in die Hand gegeben. Denn die üblichen, auf lange Lebenserfahrung pochenden Reden überzeugen wohl selten. Die eigene Erfahrung kann eben niemals durch Moralpredigten ersetzt werden. Fast jeder Mensch hat das Bestreben, sich sozusagen seine Hörner selbst abzulaufen. Hier ist der Punkt, wo sich im allgemeinen Jugend und Alter verständnislos gegenüberstehen. Nur selten ist älteren Menschen die glückliche Gabe verliehen, sich bei jeder sogenannten Jugendtorheit sofort an seine eigenen Jugenddummheiten zu erinnern und dadurch einen gerechten Maßstab für die vermeintlichen Sünden anderer zu finden. Wie sagte doch Brentano: »Es ist stets das Zeichen wahrhaft großer Naturen gewesen, daß sie im Alter mit der Weisheit gereifter Erfahrung das weite Herz der Jugend verbunden haben. Gerade deshalb bleiben sie auch selbst jung bis zu ihrem Ende, und eben weil sie jung bleiben, sind sie voll Verständnis für das Tun und Wollen des heranwachsenden Geschlechtes.«

Solche glücklichen Naturen, die, mögen sie noch so alt sein, sich doch seelisch jung genug fühlen, können der Jugend verdienstvolle Mithilfe leisten. Auf die Form kommt es an, in der wir den Jugendlichen das geben, was wir zu geben haben. Nur wer so recht aus innerer Überzeugung mit Faust sagen kann: »Ich sehe doch, daß wir nichts wissen können,« der wird den Ton zu treffen wissen, der frei von jener erhabenen Lehramtheit ist, die so oft die geistreichsten Worte älterer Menschen ungenießbar machen. Denn trotz aller Feindschaft gegen die Bevormundung des Alters wird von den Jugendlichen nichts dankbarer hingenommen, als die Mitwirkung der älteren Kollegen. Aber wir müssen zu ihnen kommen aus innerer Liebe zur Jugend, mit dem warm empfindenden jugendlichen Herzen. Solche Menschen, die in dem jugendlichen den heranwachsenden Kämpfer und Kollegen sehen und jetzt schon in ihm achten, die sollten die Bewegung mit allen Mitteln unterstützen.

Lassen wir uns nicht durch Außenlichkeiten blenden, die unvermeidlich mit der Natur des gesunden Jugendlichen verbunden sind. Berücksichtigen wir aber auch unsere Erfahrungen in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit. Haben wir nicht dort fast unüberwindliche Schwierigkeiten vorgefunden, wenn wir die schüchternen, die bescheidenen, die immer in Ehrfurcht erstorbenden Arbeiter aufklären wollten oder gar zu entscheidenden Tat heranziehen wollten? Da hatten wir die Resultate der falschen Erziehung zur Demut und Bescheidenheit verwünscht. Warum suchen wir bei unserer Jugend immer wieder diese Eigenschaften, die wir bei den erwachsenen Kollegen nicht scharf genug verurteilen können?

Wir brauchen offene, freie Charaktere, die den Mut haben, sich zu dem zu bekennen, was sie für richtig erkannt haben. Was heute noch wild brausend überschäumt, wird nach eigenen Erfahrungen allmählich ausreifen. Erkenntnis und Wille zur Tat, das soll das Ziel unserer Erziehung sein. Wer diese Eigenschaften bei Jugendlichen fürchtet, der mag für Jünglings- oder Jungfrauenvereine eintreten.

Verbandstag der Buchbinder.

Als erster der graphischen Verbände hielt der deutsche Buchbinder-Verband nach Kriegsschluß in der Zeit vom 28. Juli bis 4. August seinen Verbandstag in Würzburg ab. Über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und der anderen Körperschaften während einer fast 6jährigen Periode ist in umfangreichen Jahresberichten und weiterem gedruckten Material berichtet worden. Hervorgehoben zu werden verdient, daß die Leiden der graphischen Berufe auch aus diesen Berichten sprechen. Bei

Kriegsausbruch große Arbeitslosigkeit, Herabsetzung der Unterstützungen und Verteidigung der mühselig erreichten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Während des Krieges zäher Kampf um Verbesserung des Einkommens der Arbeiter und Arbeiterinnen. Nach dem Kriege ungeahnter Aufstieg.

Die Mitgliederzahl befragt bei Kriegsausbruch 32300, der tiefste Stand ist 1916 mit 17040 erreicht worden, dagegen stieg die Mitgliederzahl bis zum Schluß des II. Quartals 1919 auf ungefähr 65000. Die Zahl der weiblichen Mitglieder umfaßte 1909 42,8 Proz., 1913 49,7 Proz. und 1918 71,4 Proz. des Gesamtverbandes. 57,04 Proz. der Beiträgeinnahmen wurden in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1916 für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. In der Invalidenkasse ist während der Kriegszeit eine erhebliche Steigerung der Bezugsberechtigten eingetreten. Während zu Anfang des Krieges nur 6 Invaliden vorhanden waren, sind es heute 23. Das Durchschnittsalter beträgt 54,5 Jahre; der jüngste Invalide ist 29 Jahre, der älteste 78 Jahre alt. Das Vermögen für Invaliden zweck be trägt 585600 Mk., in der Verbandskasse sind für gewerkschaftliche Einrichtungen 793270 Mk. vorhanden.

Die Berichte enthalten, entsprechend der besonderen Stellungnahme des Vorstandes zu der »Kriegspolitik der Gewerkschaften« ausführliche Darlegungen.

Bis zum Jahre 1916 vertrat der Vorstand eine einheitliche Auffassung, erst dann entstand in manchen Fragen eine Gegensätzlichkeit. Die gewerkschaftliche Tätigkeit war sehr umfangreich und auch erfolgreich. Der Buchbinderverband erreichte als erste graphische Gewerkschaft die 46 stündige wöchentliche Arbeitszeit im 4. Städtetarif. Bei Kriegsausbruch verließen viele Mitglieder die Organisation und erst nach der Revolution begann der starke Zustrom.

Der Verbandstag ist von 115 Delegierten und Vorstandmitgliedern besucht, darunter alle unbesoldeten Vorstandsmglieder. Als Gäste sind anwesend: Grünfeld vom Deutsch-Osterreichischen Bruderverband, Kollege Haß von unserem Verband, Pucher von den Hilfsarbeitern und Coheo für die Generalkommission, jetzt Bundesvorstand.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes wurde in mündlichen Ausführungen von dem Vorsitzenden des Verbandes, Kollegen Kloth, ergänzt. Er bekannte sich als Träger der Kriegspolitik des Verbandes und verteidigte sie in längeren Ausführungen. Für diese Politik sei aber der gesamte Vorstand verantwortlich, da er sie billigte. Kloth weist auch die Angriffe gegen die Verbandsangestellten als unberechtigt zurück.

Im Korreferat übt Gabel-Berlin eine scharfe Kritik, in der er Kloth und dem Vorstand nur die Tätigkeit zum Vorwurf macht, die aus politischer Überzeugung entstanden ist. Die gewerkschaftliche Tätigkeit wird dann auch in der Debatte fast nicht berührt, sondern insbesondere gegen die Schreibweise Kloth's gekämpft. 2 1/2 Tage der kostbaren Zeit wurden mit dieser rein negativen Kritik nutzlos verschwendet. Die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen wurden ausgesetzt. Kloth lehnte auch diejenige seiner Freunde ab.

Über die Stellung der Gewerkschaften nach der Revolution, ihre Stellung zum Räteystem und ihre zukünftigen Aufgaben verbreitete sich sojann Verbandsvorsitzender Kloth-Berlin. Er trat für die Sozialisierung ein und betonte, daß ohne Arbeit die Volkswirtschaft nicht wieder aufgebaut werden könne. Der Verwirklichung des Sozialismus seien von vornherein große Widersprüche entgegenzutreten, sie könne nur langsam erfolgen. Die Arbeitsgemeinschaften seien solange notwendig, bis die Betriebe sozialisiert sind. Wer keine Arbeitsgemeinschaften wolle, wolle auch keine Tarifverträge. Die Betriebsräte müßten in intimer Fühlungnahme mit den Gewerkschaften stehen. Redner verweist auf die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zu dieser Frage. Die Betriebsvertrauensleute sollen die Grundlage für die Betriebsräte bilden. Die Gewerkschaften seien auch nach der Revolution die Vertreterin der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter.

Das Korreferat hielt Czerny-Berlin. Er stellte dem Räteystem der Gewerkschaften das revolutionäre Räteystem mit der Diktatur des Proletariats gegenüber. Die Betriebsräte sollen wirtschaftliche, die Arbeiterräte politische Fragen behandeln. Mayer-Mündchen schilderte seine Erfahrungen unter der Räterediktatur in München. Dort habe sich die Diktatur des Proletariats nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die eigenen Klassenossen gerichtet. Der Generalstreik sei nur von 70 Betriebsräten beschlossen worden und nicht von den Massen.

Nachdem die Anträge auf Gründung eines Industrieverbandes mit diesem Tagesordnungspunkt verbunden wurde, vertrat Kollege Haß für unsern Verband folgende Auffassung: Wir haben die Bestrebungen auf Schaffung eines Industrieverbandes immer unterstützt. Die Schuld, daß wir zu keinem esträglichen Verhältnis gekommen sind, liege in dem Partikularismus und Egoismus der einzelnen Berufe. Es gälte zunächst, innerhalb der Organisationen zu einheitlichen Auffassungen und Einstellungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kommen. Die Vorschläge auf Schaffung eines

Kartells reichen nicht aus. Es müsse sofort eine Verständigung über die großen prinzipiellen Fragen herbeigeführt werden, damit wir bei unseren Forderungen gegenüber den Unternehmern einheitlich auftreten können.

Die Diktatur des Proletariats beseitige auch das Mehrheitsrecht in den Gewerkschaften und ohne Tarif- und Arbeitsgemeinschaften könnten wir keine einheitliche Kampffront bilden. Allgemeine Aufklärung und Schulung der Mitglieder sei Vorbedingung künftiger Erfolge und für die Überführung der Produktionsmittel in die Gemeinwirtschaft. Nicht diejenigen fördern die Interessen der Arbeiter, die mit radikalen Worten operieren, sondern die, die die Arbeiter befähigen, eine höhere Stellung im Produktionsprozess einzunehmen. Das haben die Gewerkschaften bisher schon getan und müssen es in Zukunft in noch höherem Maße tun. Mit dem Schlagwort der Diktatur des Proletariats sei kein Industrieverband zu schaffen.

Be Abstimmung wurde die Resolution des Korreferats mit 48 gegen 54 Stimmen abgelehnt und darn folgende Entschließung von Kloth mit 57 Stimmen angenommen:

»Der Verbandstag erklärt: Die Gewerkschaften werden noch auf lange Zeit die berechtigten Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter sein.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist es notwendig, daß unsere Tarifgemeinschaften zu Reichstarifgemeinschaften ausgebaut werden und in den Arbeitsgemeinschaften ihre Erweiterung finden; damit das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter sowohl in allen sozialen als auch in wirtschaftspolitischen Fragen gewahrt wird.

Als Grundlagen für das fernere Wirken der Gewerkschaft erachtet der Verbandstag die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zu Nürnberg betreffs der Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, der Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte und der Arbeitsgemeinschaft für nützlich.

In bezug auf die Betriebsräte erklärt der Verbandstag, daß sie nur gegenseitig wirken können, wenn die sachverständigsten Kollegen und Kolleginnen ohne Ansehen ihrer Parteizugehörigkeit in sie hineingewählt werden und wenn sie sich der Führung der Gewerkschaften unterstellen.

Indem so der Verbandstag die Frage der Betriebsräte anerkennt, erachtet dieser zur Durchführung es als dringendste Aufgabe, dahin zu wirken, daß Arbeiter und Angestellte durch Schulung herangebildet und dadurch befähigt werden, solche Posten wirksam zum Wohle der Arbeiterschaft einnehmen zu können.

Ferner erachtet der Verbandstag ein geschlossenes Zusammenarbeiten der Gewerkschaften der Papiererzeugung und Papierverarbeitung mehr als bisher für dringend notwendig.

Einstimmig wurde der Vorstand beauftragt, mit den übrigen Verbänden im graphischen Gewerbe Verhandlungen anzubahnen zum Zwecke der Bildung eines graphischen Kartells, eventl. eines graphischen Industrieverbandes.

Beim dritten Punkt »Unser Lohnbewegung« hielt der II. Vorsitzende Harder-Berlin das einleitende Referat. Es wurde in geschlossener Sitzung verhandelt. Er vertrat die Auffassung, daß, bevor ein gemeinschaftlicher Reichstarif mit den übrigen graphischen Berufen geschaffen werden kann, erst im Hauptberuf der Buchbinder der Weg zur Reichstarifgemeinschaft frei gemacht werden müsse.

In der Diskussion kamen neben örtlichen auch Wünsche der Sparten zum Ausdruck. Dabei wurde auch den Steindruckern mangelndes Solidaritätsgefühl vorgeworfen. Kollege Haß erwiderte darauf, daß Solidarität nur bei vorheriger Verständigung geübt werden könne. Es geht aber nicht, daß ein Beruf den Streik erklärt und dann von den anderen Berufsgruppen Solidarität verlangt, wie es in dem angezogenen Fall geschehen ist.

Als Resultat der Beratung wurde nachstehende Resolution des Referenten angenommen:

In Bekräftigung der bereits gefaßten Entschließung über die zukünftigen Aufgaben der Gewerkschaften erachtet der Verbandstag erneut an, daß es auch fernerhin als die Aufgabe unseres Verbandes zu betrachten ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Abschluß von Tarifverträgen zu regeln. Als den geeignetsten Weg hierzu bezeichnet der Verbandstag den Abschluß von Reichstarifen, der nach Branchen gesondert zu erfolgen hat, wobei aber einander besonders nahe stehende Branchen möglichst zusammenzufassen sind.

Die Arbeiter an den Reichstarifen sind so zu fördern, daß die zurzeit in Vorbereitung befindlichen Tarife für die Buchbinder- und Geschäftsbuchbranche sowie für die Kartonnagenbranche noch im laufenden Jahre in Kraft treten können. Als Richtlinien für die Reichstarife ist folgendes zu beachten:

Es ist allgemein eine Arbeitszeit von 44 Stunden in der Woche anzustreben und die Verteilung auf die einzelnen Tage so vorzunehmen, daß die tägliche Arbeitszeit nicht über 8 Stunden beträgt.

Männer- und Frauenarbeit ist genau abzugrenzen und Frauenarbeit an gefährlichen Maschinen abzuwehren. Arbeiterinnen unter 16 Jahren dürfen an Maschinen überhaupt nicht beschäftigt werden.

Der Zeitlohn ist nach Ortsklassen abzustufen, Akkordlohn aber gleichmäßig für die ganze Branche

festzusetzen. Die Einführung von Urlaub ist in allen Tarifverträgen vorzusehen. Die Regelung der Lehrlingsfrage ist durch Einführung von Bestimmungen anzustreben, die den Lehrlingen genügende Ausbildung sichern und ihre Ausbeutung unmöglich machen.

Um die bei der Durchführung dieses Programms entstehenden Lohnkämpfe in geordneter und der Allgemeininteresse berücksichtigender Weise vor sich gehen zu lassen, unterstreichend der Verbandstag die Bestimmungen über Streiks und Maßregelungen, nach denen alle Lohnbewegungen mit der vorgesehenen Frist beim Verbandsvorstand anzumelden und dessen Weisungen zu befolgen sind. Die Gau- und Ortsverwaltungen werden erneut verpflichtet, das unbedingt zu beachten.

Der Verbandsvorstand beschloß dann, einen 15-gliedrigen Tarifausschuß dergestalt einzusetzen, daß dieser Ausschuß auswählbar für die verschiedenen Branchen so zusammengesetzt wird, daß alle größeren Orte und Gaue eine Vertretung haben.

Hierauf wurde die zurückgestellte Abstimmung über die Resolutionen zum Geschäftsbericht vorgenommen. Sie ist namentlich. Die Opposition hatte ihre Resolution abgelehnt, sie wurde trotzdem mit 55 gegen 49 Stimmen abgelehnt. 54 gegen 48 Stimmen wurde nachstehende Entschließung zum Beschluß erhoben:

Die jetzige wirtschaftliche Lage macht es zurecht mehr noch als bisher starke innerliche geschlossene gewerkschaftliche Organisationen notwendig. Mehr noch als bisher muß auch der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg unserer Berufsangehörigen durch unseren Verband gefördert und geschützt werden.

Der 13. Verbandstag ist mit der Haltung der Buchbinderzeitung in manchen Fällen während der Redaktionsstätigkeit des Kollegen Kloth, sowie auf dessen journalistische Tätigkeit in bürgerlichen Blättern nicht einverstanden und kann sie nicht billigen.

Der Verbandstag verlangt, daß gemäß dem einstimmig gefaßten Beschlusse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses Verbandsvorstand und Redaktion der beiden sozialdemokratischen Partien gegenüber völlige Neutralität bewahrt und auch sonst alles tut, was im Sinne des obigen Beschlusses liegt. Demgegenüber erkennt der Verbandstag an, daß der Verbandsvorstand einschließlich des Vorsitzenden Kloth bestrebt war die Interessen der Kollegenschaft auf gewerkschaftlichem Gebiet zu wahren.

Der Verbandstag spricht deshalb die Überzeugung aus, daß unter Zurückstellung der uns jetzt trennenden Frage die Einheitsfront hergestellt werden muß, um die zweifellos schwereren wirtschaftlichen Kämpfe der Zukunft siegreich bestehen zu können.

Am nächsten Tage wurde dann die Statutenberatung begonnen und am siebenten Tage fortgesetzt. Der Verbandskassierer Hauzeiser hielt das einleitende Referat. Es lagen eine Vorlage des Verbandsvorstandes, eine Beschlußfassung der Elferkommission und viele Anträge aus den Mitgliedschaften vor.

Der Kassierer verlangte eine Erhöhung der Beiträge bis 170 Mk. pro Woche in der höchsten Klasse mit entsprechenden Erhöhungen der Unterstützungen. Die Elferkommission trat in der Hauptsache für die Beschlüsse des Verbandsvorstandes ein in namentlicher Abstimmung wurden diese Vorschläge verworfen.

Von wesentlichen Änderungen des Unterstützungswesens wurde vorläufig Abstand genommen. Es wurden die Beiträge erhöht auf 40, 60 und 70 Pfg. für weibliche und auf 1 Mk und 1,50 Mk. für männliche Mitglieder. Lediglich die Streik- und Gemaßregelungenunterstützung wurde etwas ausgebaut und die Invalidenunterstützung erhöht. Es wurde ein Beitrag geschaffen, dem nur unbesolnete Mitglieder angehören dürfen. Dieser wurde auch damit beauftragt, im Sommer 1920 mit dem Vorstand eine neue Vorlage für das Unterstützungswesen auszuarbeiten, die dann den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten ist.

Bei den Wahlen zum Verbandsvorstand trat der bisherige Vorsitzende Emil Kloth, welcher 15 Jahre an der Spitze des Verbandes gestanden hatte, von der Kandidatur zurück, da auch seine bisherigen Anhänger den Verbandskassierer Hauzeiser in Vorschlag brachten.

Die Abstimmung ergab die Wahl Hauzeisers zum ersten Vorsitzenden, der zweite Vorsitzende Harder wurde wiedergewählt, zum Kassierer wurde Lender-Berlin, zum Redakteur Michaelis-Berlin gewählt. In seinem Schlußwort hob Brückner-Berlin hervor, daß dieser Verbandstag leider wenig positive Arbeit habe leisten können und erkannte die großen Verdienste des bisherigen Verbandsvorsitzenden Kloth um die Entwicklung des Verbandes an.

Der Verbandstag hat gezeigt, wie wenig fruchtbringende Zukunftsarbeit geleistet wird, wenn die Opposition sich auf negative Verurteilung beschränkt und das politische Glaubensbekenntnis der Führer höher einschätzt als die geleistete Gewerkschaftsarbeit. Möge es unseren Kollegen und Delegierten ein warnendes Beispiel sein.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

München, Chemigraphen. Wochen zäher und harter Arbeit liegen hinter der Münchner Gehilfenschaft. Die Tariffausrüstung vom Juni hatte in der Frage der Arbeitszeit eine allgemeine Entfaltung gebracht. Für uns Münchner war sie um so größer, da es im April gelungen war, die 44-Stundenarbeitswoche durchzudrücken. Unsere Unternehmer verlangten ab 2. August die Durchführung der tariflich festgelegten 48-stündigen Arbeitszeit, ein Verlangen, das die Gehilfenschaft bei ihrem entschiedenen Willen als unannehmbar bezeichnete. Ortliche Verhandlungen, die von beiden Seiten mit größter Hartnäckigkeit geführt wurden, brachten eine Einigung durch Aufgabe der 44 Stunden. Ab 4. August gilt für München bis zum 1. Januar 1920 die 46-Stundenwoche. Ein Sturm der Entrüstung brauste über die Gehilfenvertreter hinweg in der Versammlung vom 5. August. Um ein Kleines und das ohnehin tief erschütterte Gewerbe wäre durch einen Kampf auf die härteste Probe gestellt worden. Nüchternere Erwägung siegte über die leidenschaftliche, von gutem Geiste zeugende Diskussion. Fest steht übrigens das eine: Ein Tarifabschluß mit 48 Stunden ist für München unannehmbar. Nun gilt es für das Gewerbe und die Kollegen im Reich, die Konsequenz aus der folgenden Resolution zu ziehen:

»Die Münchner Kollegenschaft bedauert, daß es bei den örtlichen Verhandlungen nicht möglich war, die 44-stündige Arbeitswoche weiter zu halten, da die übrige Kollegenschaft Deutschlands in Anbetracht der Arbeitslosigkeit der Frage einer Verkürzung teilnahmslos gegenüberstand.

Die Münchner Kollegen erklären sich, den jetzigen schweren Zeitverhältnissen Rechnung tragend, mit der 46stündigen Arbeitszeit einverstanden, verfahren sich aber ganz energisch gegen die Festlegung der 48stündigen Arbeitszeit im neuen Tarif, dieser wäre unannehmbar.

Von der deutschen Kollegenschaft wird erwartet, daß sie mit aller Energie für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt.

Versammlungsbeschuß vom 5. August 1919.

Die Tapetenbranche.

Betrachtungen.

Welcher Formstecher dürfte nicht mit Grauen an unsere Lage im alten Deutschland zurückdenken, wo wir in den schönsten Monaten des Jahres auf Tod und Teufel arbeiten mußten, von morgens sechs bis abends neun. Wir durften Sonntags kommen, doch auch Nacharbeit wurde nicht ungern gesehen. Wofür ist das alles gemacht worden? Für uns nicht, wir haben nur das nackte Leben fristen können. Es wurde gemacht für die »deutschen« Tapetenindustriellen, damit sie ihre Fabriken vergrößern oder neu aufbauen konnten. Können wir nun hoffen, daß dieses Hauptübel in unserem Berufe hoben wird? Mich dünkt, wir müssen uns alle aufrufen, Stedter wie Prinzipal, uns eine andere Achtung vor den Tapetenindustriellen zu verschaffen. Jetzt wird schon wieder ein Prinzipal gegen den anderen ausgespielt in den Preisen. Mögen die Fabrikanten an einem Tag auf Reisen gehen wie sie wollen, wir können und wollen hieran nichts ändern, aber verlange keiner von uns, daß wir ein halbes Jahr schulden wie verrückt und dann sollen wir als Arbeitslose auf unsere Kosten in die Sommerfrische gehen. Das muß und kann geändert werden. Die Fabriken können das ganze Jahr hindurch gleichmäßig ihre Arbeit ausgeben. Sage keiner, das geht nicht. Wir wollen uns doch nicht den Achtstundentag verkümmern lassen. Wenn dann kein Prinzipal über seine Kräfte Arbeit annimmt, so ist die Sache von selbst gesund.

Befleißige sich jeder, ohne Überstunden auszukommen, dann wird auch uns eine bessere Zeit blühen. Noch ein Wort über die Behandlung wüthete ich den Prinzipalen sagen. Möchten doch die Treibereien unterbleiben. Setzt statt unfähigen Treibern lieber wirklich tüchtige Meister hin, die den Stedtern die Lust und Liebe zur Arbeit und die Freude am Leben lassen, so arbeiten die Stedter ohne jede Treiberei. A. M.

Ortsberichte.

Crefeld, Formstecher. Am 2. August fand im Vereinslokale unsere allgemeine Mitgliederversammlung statt. Nachdem vom Vorsitzenden die Tagesordnung bekanntgegeben, wurde von seiten der Berufsgruppe der Formstecher der Wunsch geäußert, die Tariffrage der Steindrucker als letzten Punkt zu behandeln, da die Formstecher ihrerseits zu dem abgeschlossenen Tarif und die im Oktober neu zu stellenden Forderungen auch Stellung nehmen. Da Kollege Heitschel seinen Posten als Vertrauensmann niederlegte, wurde Kollege Möller als Vertrauensmann gewählt. Er legte den Kollegen ans Herz, ihm in allen Sachen zur Seite zu stehen. Hierauf wurde ein kurzer Rückblick auf unsere Vereinbarungen vom 1. August gemacht. Hatten wir doch vor der Bewegung durch Verhandlungen den Lohn auf 1,70 Mk. gebracht, was bei den heutigen Verhältnissen noch nicht ausreicht, um nur alles das zu kaufen, was von der Stadt geliefert wird. Wenn auch jetzt für uns nicht mehr herausgekommen ist, so stehen wir doch auf dem Standpunkt, den die Berliner Kollegen in ihrer Versammlung vertreten haben, daß bei den im Herbst stattfindenden Tarifverhandlungen viel mehr herausgeholt werden muß. Sind wir doch letzten Endes Menschen, die auch sicher ein Anrecht auf angemessene Bezahlung haben. Der jetzige Tariflohn ist nicht ausreichend, steht er doch vielfach unter dem anderer Handwerker und Hilfsarbeiter, die 2.— bis 2,30 Mk. die Stunde verdienen. Legen wir schon jetzt ein Augenmerk darauf, daß wir Wochenlohn und Bezahlung der gesetzlichen Feiertage erzielen. Ferner muß durch hohe Prozente für Überstunden darauf hingearbeitet werden, daß wir in der Saison nicht 12 und mehr Stunden arbeiten und im Sommer Ferien auf unsere Kosten haben. Bei dem neuen Abschluß muß darauf gesehen werden, daß jeder Kollege bei einjähriger Arbeitszeit acht Tage Ferien erhält, bei weiterer Zahlung vollen Lohnes. Auch das Lehrlingswesen machte eine gründliche Aussprache notwendig. Ist doch genug bekannt, daß in den Betrieben die schlechtesten Verhältnisse sind, wo die Lehrlingszucht in voller Blüte steht. Das Endresultat davon ist nach beendiger Lehrzeit nicht viel Brankenkenntnis, Lohndrückerei von selbst, da keine genügende Leistung. Vierjährige Lehrzeit ist unbedingt nötig. Auf fünf Gehilfen ein Lehrling. Das ist auch sicher, daß ein junger Kollege etwas kann, vorausgesetzt, daß Gehilfe, Meister und Prinzipal das regste Interesse an dem Lehrling haben. Also Kollegen! Aufgepaßt beim nächsten Tarifabschluß! Verlangen müssen wir unbedingt, daß, bevor der neue Tarif zustande kommt, eine Reidskonferenz der Formstecher stattfindet, um die ganze Materie mit durchzuberalen. Es ist doch gar nicht zugänglich, einfach über die Köpfe der Mitglieder Tarife abzuschließen. Es wurde verlangt, daß die Zentrale in derartigen wichtigen Sachen auch die Mitglieder anhören müsse. Allen Kollegen war es unverständlich, daß so wenig über die einzelnen Filialen in der Presse zu lesen ist. Haben denn die Kollegen rechtsrheinisch durch den Krieg und die Revolution nichts gelernt? Wir im besetzten Gebiet hätten schon des öfteren etwas hören lassen, wenn es uns erlaubt gewesen wäre. Es geht an alle Mitglieder der Appell, rafft Euch auf! Helte jeder, daß in der Organisation auch der letzte Mann zu finden ist. Bilden wir ein geschlossenes Ganzes, wie es vor dem Kriege war. Wir wollen den treibenden Keil bilden, sonst schlafen unsere Unternehmer und wir sind die Leidtragenden. Frisch ans Werk! Tue jeder seine Pflicht! Nur dann wird der Formstecher geehrt und geehrt.

Schriftenbesprechung.

Die Geißel der Menschheit. Mit tausend Skorpionen ist die Menschheit während dieser fünf Kriegsjahre gequält worden, und jene Qualen, die bereits vor dem Kriege bestanden, wurden durch ihn noch verhundertfacht. Das gilt besonders von den Krankheiten, die nicht offen ihr Gesicht zur Schau tragen und die deshalb um so entsetzlicher fressen am Baum der Menschheit: den Geschlechtskrankheiten. Trotz aller Aufklärungsversuche der letzten Jahre spricht man nicht gern von ihnen, verschweigt man nur zu gern dieses furchtbare Übel. Immer noch gibt es junge Menschen, die lachend und unwissend in ihr Unglück rennen, immer noch gibt es Mütter, die sich scheuen, ihre Töchter über diese entsetzliche Gefahr aufzuklären. Immer noch gibt es Männer, die — sei es aus Leichtsinne, sei es aus Schlechtigkeit — ihr Leiden auf die Frau übertragen, die ehelos oder schwach genug sind, Kindern das Leben zu geben, um sie auf diese Weise zu einem elenden Dasein zu verdammen. Hier aufklärend, helfend zu wirken, soll der soeben im Phonixverlage Carl Swinna, Kattowitz, erschienene Roman »Die Geißel der Menschheit« von Lola Stein (Preis elegant gebunden 7 Mk.) dienen. In fesselnder Weise wird das Leben zweier junger Menschenkinder geschildert, die bestimmt zu sein scheinen, einander das höchste Glück zu geben, und die doch tief unglücklich werden, weil der Mann sich — lange bevor sie einander begegneten — in einer übermüht leichtsinnigen Stunde die Syphilis zugezogen hatte und nun die Folgen dieser entsetzlichen Krankheit in ihrer ganzen Schwere erleiden muß. Dieses furchtbare Schicksal wirkt umso tragischer, als der aus guten pekuniären Verhältnissen stammende junge Mann imstande gewesen wäre, durch Benutzung aller vorhandenen Heilmittel die Folgen des Leidens vielleicht abzuwenden, hätte nicht die in alten Vorurteilen stekende Verständnislosigkeit der Familie es ihm unmöglich gemacht, deren Rat und Hilfe zu erbitten. So schön der in heißer Liebe gefaßte Entschluß des jungen, kaum erblichenen Mädchens ist, ihr Leben an das des sich ihr anvertrauenden Mannes zu binden, so bewundernswert die Treue, mit der die reife wissende Frau dem Manne bis zum qualvollen Ende alle Leiden zu erleichtern sucht; es ist kaum faßbar, daß diese beiden von der Natur so bevorzugten Menschen so hart vom Schicksal verfolgt werden.

Und doch hat man bei alledem das Gefühl: hier hat die Schriftstellerin nicht Phantasiegestalten geschaffen, hier züchtet sie ein Lebensbild, das sie aus eigenster Anschauung miterlebt hat. Und gerade das macht das Buch so wertvoll: kein Sensationsroman, es ist geschrieben, ein warnendes Beispiel von vielen den Lesern zu geben. Die übrigen Schicksale, die hineinspielen: die Schwester, die von einem Schurken um die höchste Vollendung ihres Frauentums gebracht wird, das sie — die geborene Mutter — nur im Kinde sehen kann; das unendlich traurige Geschick der Freundin — alles das erhöht das Interesse. So haben wir hier in der Tat ein Buch, das man jedem jungen Manne, jedem jungen Mädchen, aber auch jedem Vater und jeder Mutter in die Hand drücken möchte. Wer die Anklage der Tochter gegen die in jeder anderen Weise so zärtlich um das Glück ihrer Töchter besorgte Mutter gelesen hat: »Warum hat keiner Reinhold gefragt, ob er gesund sei; wer die Worte der Krankenschwester in sich aufgenommen hat: »Unserer sieht viel Elend in der Welt. Kranke Frauen und elende Kinder, wieviel hundertmal habe ich dies Unglück schon gesehen«, der kann das Buch nur mit tiefem Sinnen aus der Hand legen.

Vielgestaltig sind die Wege, dieser — es gibt kein treffenderes Wort — Geißel der Menschheit zu begegnen; wir Sozialdemokraten sehen sie vor allem in der Hebung der wirtschaftlichen, der sozialen Verhältnisse; wir sehen sie ganz besonders in der Abschaffung der Prostitution, der käuflichen Liebe durch die Verwirklichung unserer sozialistischen Weltanschauung. Louise Schröder.

In unserer chemigraphischen Kunstanstalt wird die Stelle eines **Stadt-Reisenden**

frei. Branchenkundige Bewerber werden gebeten, ihre Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche bei uns einzureichen.

ADOLF KLAUSS & CO., LEIPZIG, Kreuzstraße 5.

Verbandsnachrichten

MÜNCHEN.
Chemigr., Kupferdr., Tiefdrucker.
Verkehrslokal: Rest. »Walhalla«, Ecke Augusten- und Brienerstr. Verkehrsabend: Je zweis Freitag.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Auskünfte durch die **Barmen**
Kunstgewerbeschule

Neben dem praktischen Umdrucker

beabsichtige ich in gleicher allgemein verständlicher Form zwei weitere Werke als Ratgeber herauszugeben und zwar:

Der praktische Chemigraph Der praktische Offsetdrucker

Ich bitte erfahrene Kollegen aus der Praxis, welche gleich dem Kollegen Enders, dem Verfasser des »Praktischen Umdruckers«, ihr reiches Wissen der Kollegenschaft zum Wohle und zur Förderung des Gewerbes übermitteln wollen und über etwas schriftstellerische Kenntnis verfügen, sich mit mir in Verbindung zu setzen.

CONRAD MÜLLER, Schkeuditz.

ZINKDRUCKPLATTEN

1. Zinktze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.
— Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunft kostenlos.
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN S. O. 36, Wiener Straße 50
Fernruf: Moritzplatz 12289.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel, Extrakt trockenet nicht ein, bildet selbst bei langsamsten Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfähig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.

„Enoldin“ — Druckpaste — speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papiere.

„Enol“ — Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel bei Wasser- teil, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.

empfehl

H. Schuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

